Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11966**

18. Wahlperiode 10.04.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frank Tempel, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg und der Fraktion DIE LINKE.

Selbsttötungsversuche und Selbsttötungen bei der Bundespolizei und beim Zoll

Immer wieder kommt es zu Berichterstattungen von Selbsttötungen bei Polizistinnen und Polizisten. So hatte das Beispiel der Selbsttötung einer Polizeischülerin aus Hamburg starke Reaktionen sowohl in den Medien, als auch bei Polizistinnen und Polizisten ausgelöst (siehe: www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/vermisste-polizeischuelerin-aus-hamburg-beging-offenbar-suizid-14550923.html) Neben der Bundespolizei ist auch der Zoll von dieser Thematik betroffen. Ursachen für Selbsttötungsversuche- oder Selbsttötungen sind vielfältig. Implikationen im privaten Umfeld, berufliche Belastungen sowie traumatisierende Erlebnisse oder Mobbingereignisse können Ursache für Selbsttötungsversuche- oder Selbsttötungen sein. Den Fragesteller interessieren die Dimension dieses Phänomens und mögliche Ursachen im Dienstgeschehen der betroffenen Bundesbehörden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch war die Zahl der Planstellen in der Bundespolizei in den Jahren 2007 bis 2015 (bitte auf Jahre aufgeschlüsselt)?
2. Wie hoch war die Zahl der Planstellen beim Zoll in den Jahren 2007 bis 2015 (bitte auf Jahre aufgeschlüsselt)?
3. Wie hoch war der Krankenstand bei der Bundespolizei in den Jahren 2007 bis 2015 (bitte auf Jahre aufgeschlüsselt)?
4. Wie hoch war der Krankenstand beim Zoll in den Jahren 2007 bis 2015 (bitte auf Jahre aufgeschlüsselt)
5. Wie hoch war der Anteil von Erkrankungen, die aus medizinischer Sicht einer Depression zugeschrieben werden in den Jahren 2007 bis 2015 bei Bundespolizei und Zoll (bitte nach Institutionen getrennt und auf Jahre aufgeschlüsselt)?
6. Wie hoch war die Zahl der Selbsttötungsfälle von Beschäftigten der Bundespolizei und des Zolls in den Jahren 2007 bis 2015 (bitte nach Institutionen getrennt und auf Jahre, Geschlecht und Amtsbezeichnung aufgeschlüsselt)?
7. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu dienstlichen Gründen, Begehungsweisen, Begehungsort und mögliche Motiven bei Fällen von Selbsttötungen bei Beschäftigten der Bundespolizei und des Zolls in den Jahren 2007 bis 2015 (bitte einzeln nach Institution auflisten)?
8. Welche Möglichkeiten stellt die Bundespolizei zur Verfügung, um eine Depressionserkrankung vorzubeugen und diese zu therapieren?

9. Welche Möglichkeiten stellt der Zoll zur Verfügung, um eine Depressionserkrankung vorzubeugen und diese zu therapieren?
10. Wie werden Beschäftige der Bundespolizei nach einem Selbstmordversuch betreut?
11. Wie werden Beschäftige des Zolls nach einem Selbstmordversuch betreut?
12. Werden Vollzugsbeamte des Zolls nach einem Selbsttötungsversuch ausschließlich innerdienstlich eingesetzt?
13. Werden Polizeivollzugsbeamte in der Bundespolizei nach einem Selbsttötungsversuch ausschließlich innerdienstlich eingesetzt?
14. Erhält ein Polizeivollzugsbeamter der Bundespolizei nach einem Selbstmordversuch die Berechtigung, weiterhin eine Waffe zu tragen oder wird diese entzogen?
15. Erhält ein Vollzugsbeamter des Zolls, der Waffenträger war, nach einem Selbstmordversuch die Berechtigung, weiterhin eine Waffe zu tragen oder wird diese entzogen?

Berlin, den 10. April 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333